

Sohrauer Stadtblatt.

Antliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau O.S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Erscheinung

Wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich am Orte 2,00 M.,
bei allen Postanstalten 2,10 M.

Druck und Verlag von

P. Hunold's Stadt- und Buchdruckerei, Sohrau O.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

Anzeigen-Preis:

Für die einspaltige Zeile in der ersten Spalte 20 M.
Inseraten-Annahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Erscheinungstage.

Nr. 22.

Verlags-Nr. 49

Mittwoch, den 17. März 1920.

Verlags-Nr. 49

42. Jahrg.

Regierungswende in Deutschland.

Die Regierung gestürzt.

Berlin, 13. März. Von der Reichsregierung ausgehende Rundgebungen teilen mit: Die bisherige Reichsregierung hat aufgehört zu sein. Die Staatsgewalt ist auf den General-Landeshauptmann-Direktor Rapp als Reichskanzler und Preussischer Ministerpräsident übergegangen.

Zum militärischen Oberbefehlshaber und Reichswehrminister ist General Lüttich berufen. Eine neue Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat werde gebildet. Die Nationalversammlung und die Preussische Landesversammlung werden aufgelöst. Die Rundgebungen sind von Rapp als Reichskanzler und Ministerpräsident und General von Lüttich unterzeichnet.

Berlin, 13. März. Der „Völkische Anzeiger“ meldet: Die Regierung habe das von der Armee-Brigade Ehrhardt gestellte Ultimatum, das früh 7 Uhr abließ, abgelehnt und Berlin, ohne ihres Kommandanten niederzulegen, im Automobil verlassen. Die Brigade Ehrhardt sei, ohne Widerstand zu finden, mit schwarz-weiß-roten Fahnen in Berlin eingedrungen und habe das Regierungsviertel im weiten Kreise abgesperrt.

Doppelregierung in Deutschland.

Berlin, 14. März. Die alte Regierung Ebert-Bauer ist keineswegs abgesetzt oder zurückgetreten. Sie hat ihren Sitz nach Dresden verlegt, woselbst der Reichspräsident und alle Minister mit Ausnahme Dr. Schifferers verbleiben. Die Reichsparteien versichern, daß sie mit der neuen Revolution nichts zu tun haben. Der Putsch geht von den früheren Militärgewaltigen aus, welche den Sturz der demokratischen Regierung von langer Hand vorbereitet haben. Die verworrene Lage wird gekennzeichnet durch nachfolgende Aufreufe ans Volk der alten und der neuen Regierung:

Dresden, 13. März. An das deutsche Volk! Durch einen wahrhaftigen Streich sind die Regierungsgedäude in Berlin in die Hände der Aufständischen gelangt. Keine politische Partei, kein Mann von besonderer Denkart steht hinter diesen Vorgängen; jedermann mißbilligt diese. Nachdem sich die in Döberitz einquartierten, zur Entlassung bestimmten Truppen, namentlich die aus dem Volkstum hinter diesen Akt der Torheit gestellt haben, hat die Regierung, um ein Blutbad zu vermeiden, das Leben der an Zahl geringen in Berlin befindlichen regulären Truppen zu schonen, Berlin verlassen; denn Blut ist seit 1914 genug geflossen, und dieses Abenteuer wird in wenigen Tagen an seiner inneren Unmöglichkeit zusammenbrechen.

Die Regierung hat ihren Sitz nach Dresden verlegt. Jeder bleibt auf den Gehorsam gegen die verfassungsmäßige Regierung gebunden; nur sie kann Befehle erteilen und Zahlungsausschüsse ausstellen. Jede Anordnung einer anderen Stelle ist rechtsunfähig. Die Soldaten der Reichswehr haben die Verfassung zu schützen, den Reichspräsidenten und die Verfassung zu decken und gehorcht zu sein. Den Eidbruch einer Anzahl Offiziere nachzuahmen, verbietet ihnen Pflicht und Recht.

Die Auflösung der Nationalversammlung ist verfassungswidrig. Der Präsident der Nationalversammlung ist ersucht, die Nationalversammlung alsbald wieder einzuberufen. Nur eine auf dieser Verfassung gegründete Regierung vermag Deutschland davon zu bewahren, daß es in Nacht und Blut versinkt. Wenn Deutschland von einem Putsch zum anderen geführt wird, so ist es verloren. Das Volk wird verhungern, wenn neue Wirren die Wirtschaft und den Verkehr unterbinden und das Vertrauen

des Auslandes, das sich nur eine verfassungsmäßige Regierung erlaubt, untergraben. Ungehobene Gefahren nach innen und außen stehen bevor, wenn das Volk die Besonnenheit verliert.

Deutsches Volk! Schere dich um deine verfassungsmäßige Regierung.

Dresden, den 13. März 1920.

Der Reichspräsident, Ebert.

Die Reichsregierung, Bauer, Noske, Giesberts, Möller, Koch, Gieseler.

In dem aus Berlin, 13. März datierten Aufruf der neuen Regierung heißt es in der Hauptsache: Welches sind die Aufgaben, die sich die neue Regierung stellt? Die Regierung wird den Friedensvertrag unter Wahrung der Ehre des deutschen Volkes und seiner Lebens- und Arbeitsfähigkeit ausführen, soweit es möglich ist und nicht Erstbitterung bedeutet. Die Regierung wird die Finanz- und Steuerhoheit der Bundesstaaten, die sie zur selbständigen Erfüllung ihrer Kulturarbeit nötig haben, auf verfassungsmäßiger förderlicher Grundlage wieder herstellen. Die Regierung wird den ländlichen und städtischen Grundbesitz wieder herstellen. Die Regierung wird den ländlichen und städtischen Grundbesitz zu Steuerleistungen heranziehen. Nach schwerem staatlichen Zusammenbruch ist es immer der Grundbesitz gewesen, der die Opfer der Wiederaufrichtung tragen mußte. Die Regierung erwartet, daß er auch jetzt seiner vaterländischen Ehrenpflicht genügt.

Bügeln wird es ihre Hauptaufgabe sein. Minderbemittelte und Gefolgsleute mit Nahrungsmitteln zu erträglichen Preisen zu versorgen. Die Regierung wird Streiks und Sabotage rücksichtslos unterdrücken. Gehe jeder friedlich seiner Arbeit nach. Jede arbeitsfreundliche Hand ist unseres nachdrücklichen Schutzes sicher. Streik ist Verrat am Volk, an Vaterland und Zukunft. Die Regierung wird die Arbeitslosigkeit zum Zweck der wirtschaftlichen Neuordnung in hervorragender Weise zur Vorbereitung und tätigen Mitarbeit neben anderen Berufen in den Werkstätten heranziehen. Die Regierung wird die bestehende Versicherungsgesetzgebung mit freiwirtschaftlichem Selbstverwaltungswesen der Arbeiter ausarbeiten. Die Regierung wird dem seit den Novembertagen zurückgesetzten Beamtentum aller Grade wieder zu seinem Recht verhelfen und seine Interessen in jeder Hinsicht wahrnehmen. Dafür verlangt sie von ihren Beamten den alten Geist treuer Pflichterfüllung im Interesse des Gemeinwohls.

Die neue Regierung und die Entente.

Berlin, 15. März. Zwischen Vertretern der neuen Regierung und der Ententalommission in Berlin hat eine Besprechung stattgefunden, die zu einem guten Ergebnis führte.

Gegen den Banknotendruck.

Berlin, 15. März. Eine weitere Rundgebung des Reichskanzlers besagt, daß der Druck der Notenpresse unersättlich eingestellt wurde.

Einberufung der Nationalversammlung.

Dresden, 13. März. Präsident Gehrenbach hat die Nationalversammlung auf Dienstag, den 16. März, nach Stuttgart einberufen. Scheidemann.

Rassel, 15. März. Die Gewalt ist in Händen der Truppen. Scheidemann hat Rassel verlassen.

In Berlin alles ruhig.

Berlin, 13. März. Hier ist alles ruhig. Die Straßen zeigen fast das gewohnte Bild, nur unter den Linden und im Regierungsviertel ist stärkerer Verkehr bemerkbar. Die Regierungsgedäude sind von Soldaten besetzt, ebenso sind auf dem Wilhelmplatz Soldaten, die dort biluieren. Der Eisenbahn-, Straßen-

bahn- und Hochbahnverkehr ist in keiner Weise gestört.

Die Unabhängigen Gewehr bei Fuß.

Dresden, 13. März. Von dem Handreich der Lütticher haben die Unabhängigen mit den Staatsrechtlern Fühlung gesucht und erhalten. Dabei hat Oskar Cohn die Versicherung abgegeben, daß seine Freunde Gewehr bei Fuß stehen würden, wenn der Sturz der Regierung versucht werde.

Verhandlungen zwischen der alten

und neuen Regierung.

Berlin, 15. März. Die Reichsregierung gibt bekannt: Mit der früheren Regierung gibt bekannt: Mit der früheren Regierung Ebert-Noske ist auf deren Wunsch in Verhandlungen getreten worden. Es wird ein Kabinett auf allgemeiner Grundlage aus Fachministern gebildet unter Zuzugung der Fachminister der alten Regierung. Es finden binnen 2 Monaten Neuwahlen zum Reichstag und zur Preussischen Landesversammlung statt. Im Anschluß hieran findet auch die Neuwahl des Reichspräsidenten durch das Volk statt. Der bisherige Präsident wird gebeten, bis zur erfolgten Wahl die Präsidentschaft weiter zu bekleiden.

Im Reich wird durch Ausbau des Reichswirtschaftsministeriums und der Betriebsämter eine zweite Kammer der Arbeit gebildet. Die neue und die alte Regierung erlassen gemeinsam eine Erklärung, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Generalstreik ein Verbrechen am deutschen Volke ist. Bis zur Entfaltung über diese Vor schläge hat der Reichskanzler von der Bildung eines neuen Ministeriums abgesehen und die dienstlichsten Unterstaatssekretäre mit der Führung der Geschäfte beauftragt.

Streng auf dem Boden der Republik.

Berlin, 15. März. Aus der Reichsregierung geht folgende Rundgebung zu: Die Regierung will die Neuwahlen sicherstellen. Gerüchte über die Wiederkehr des Kaisers sind eitel Lüge. Die Regierung hält sich streng an ihre Proklamation auf dem Boden der deutschen Republik. In Berlin sind keine Ausschreitungen, die zu Zwangsmaßnahmen Anlaß gegeben hätten. Die alte Regierung leugnet, nach persönlichen Nachrichten durch General Maercker, zum Generalstreik aufgefordert zu haben. Tatsächlich drohte sie damit schon vor der Einsetzung der neuen Regierung. Die Technische Nothilfe ist imstande, die Versorgung mit Licht, Kraft und Wasser sicherzustellen.

Die alte Regierung erklärt, an Verhandlungen mit der Rappregierung garnicht zu denken. Gen.-Kommando u. Oberpräsidium Dresden.

Dresden, 14. März. Der Kommandierende General des 6. Armee-Korps, v. Friedeburg, ist, da er eingesehen hat, daß sein Verbleiben als Kommandierender General, nachdem die Truppen und Offiziere die Lage anders beurteilen, als es gehoren durch den Beschluß auf dem Rathe der Offiziere ist und daß auf den Boden der neuen Regierung, Rassel, namentlich ist, zurückgetreten. Das General-Kommando hat General Graf Schmettow als Abkommandierten ernannt.

Zum Oberpräsidenten ist Rittergutsbesitzer v. Kelle (Oder-Graue (Kreis Eberswalde) ernannt worden. Eine Anzahl Personen, darunter Oberpräsident Philipp und die Führer der U.-S.-G. und Kommunisten, sind in Schutzhaft genommen worden.

Die „Völkische“, die „Arbeiterzeitung“ und die „Freie Presse“ sind verboten.

Ein Aufruf an die Schlichter.

Folgender Aufruf wird veröffentlicht:

Schlichter! Die bisherige Regierung ist an ihrer eigenen Unfähigkeit gescheitert. Eine neue Regierung ist an ihre Stelle getreten. Sie hat kein anderes Ziel, als durch völlige Wiederherstellung der Ordnung, durch Herabsetzung des Preises und schärfstes Einschreiten gegen jede Unrechtfertigkeit und jedes Schleichertum das Vaterland vor dem Abgrund zu retten, an den man es geführt hat. Eine Wiederherstellung der Monarchie gegen den Willen des Volkes ist nicht beabsichtigt. Die Nationalversammlung, deren Fortschreiten gegen die Verfassung verstoßt, ist auf-

gebl. Renovationen werden sobald als möglich erfolgen. Die Unterlegenen werden mit allen Mitteln die Ordnung aufrecht erhalten und fordern alle, die unser Vaterland lieben, auf, sie dabei zu unterstützen.

Der Kommandierende General
Graf von Schwetow, Generalleutnant.

Schleswig bleibt deutsch.

Hamburg, 15. März. Die Mitternacht lag folgendes Ergebnis von der Abstimmung in der zweiten Runde vor: Für Dänemark 4979 Stimmen, für Deutschland 20335. Die Stimmenmehrheit dürfte $\frac{4}{5}$ für Deutschland betragen. Im Kreise Flensburg erhielten die Deutschen 27058, die Dänen 8935 Stimmen.

52 Milliarden Anleihe.

Paris, 12. März. Der Berliner Korrespondent des „Journal“ erfährt von einem deutschen Regierungsmittglied, Deutschland werde in einer Denkschrift die Alliierten um eine Anleihe von wenigstens 52 Milliarden Franken ersuchen, um Rohstoffe und Lebensmittel für den Wiederaufbau kaufen zu können. Ferner werde die deutsche Regierung auf die endgültige Festlegung der Entscheidungssumme bestehen. Sie werde ferner die Schließung der westlichen Zollgrenze und die Wandering der Befestigungsart in den Rheinländern verlangen.

Groener über den Krieg.

Berlin, 12. März. In Stuttgart hat General Groener auf Einladung der Frauenvereinigung vom Roten Kreuz eine Rede über „Politik und Kriegsführung“ gehalten. Er führte dabei aus, daß wir im Kriege dem „politischen Genie Englands“ ebenso unterlegen wären wie Napoleon. Der Staatsmann habe bei Seite gestanden und gehofft, daß der Feldherr den Sieg melden werde. Die Tätigkeit des Feldherrn schließt General Groener dann in einzelnen Etappen des Krieges, wobei er die begangenen Fehler scharf unterstrich. Die katastrophale Wendung hat nach General Groener der durch den U-Bootkrieg herbeigeführte Eintritt Amerikas in den Weltkrieg gebracht.

Das Urteil im Erzberger-Prozess.

Berlin, 12. März. Der Angeklagte Erzberger wurde wegen fortgesetzter Beleidigung im Sinne der §§ 185 und 186 zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Ferner wurde die Eingabe der Verteidigung „Fort mit Erzberger“ sowie mehrere Exemplare der „Kreuzzeitung“ und der zu ihrer Herstellung benutzten Platten und Formen ausgesprochen. Dem Nebenkläger, Reichsfinanzminister Erzberger, wird das Recht zugesprochen, binnen zwei Wochen das Urteil in der „Kreuzzeitung“ am Kopf des Blattes zu veröffentlichen. Die Kosten des Verfahrens werden dem Angeklagten auferlegt.

Berlin, 13. März. Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, hat Reichsfinanzminister Erzberger sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Die Verhandlungen des Zentrums dauerten den ganzen Tag an. Die Verhandlungen über seinen Nachfolger sind noch nicht abgeschlossen. Wie verlautet, ist ein Fachmann in Aussicht genommen, der im Wirtschaftsleben eine hervorragende Rolle spielt, aber weder Bankier noch Steuerechniker ist.

Am Freitag vormittag fand eine Vorstandssitzung der Zentrumsfraktion statt, in welcher der Reichsfinanzminister Erzberger persönlich zugegen war. Im Anschluß an diese Sitzung, die drei Stunden dauerte, versammelte sich dann nachmittags die Zentrumsfraktion der Nationalversammlung zu einer Tagung, die sich bis in die spätesten Abendstunden hinzog. Auch an dieser nahm der Reichsfinanzminister Erzberger teil. Erzberger gab der Zentrumsfraktion zum Schluß folgende Erklärung:

Reichsfinanzminister Erzberger wird um seine Entlassung als Reichsfinanzminister einkommen. Er ist auch bereit, aus politischen, nicht etwa aus persönlichen, insbesondere nicht aus den im Prozeß liegenden Gründen, auf sein Mandat zu verzichten, hält sich aber für verpflichtet, vor seinem endgültigen Beschluß noch seine Wähler und die Parteileitung des württembergischen Zentrums zu hören.

Dresden, 13. März. Reichsfinanzminister Erzberger hat am Freitag, den 12. März dem Reichspräsidenten sein Entlassungsgesuch vorgelegt, das dieser am gleichen Tage genehmigt hat.

Hoffnungsterne für Deutschland.

Berlin, 12. März. Der großen Anleihe, die trotz aller Vorläufer Ablehnungsversuche sicher ist, werden noch zwei bis drei kleinere Anleihen unmittelbar auf dem Fuße folgen. Die Neutralen, besonders Holland, Schweden und die Schweiz, wollen ihre Gelder je eher je lieber geben, um auf der allgemeinen Flucht vor den Werttagelagen nicht zu Fall zu kommen. Wir stehen vor wirtschafts-politischen Umwälzungen größten Stils, die Wirkungen des steigenden Marktwertes werden sich in allen

Rürge im gesamten Geschäftsleben äußern. Wer in teuren Dingen, besonders auch in der Bekleidungsbranche sich reichlich eingebüßt hat, wird mit schweren Verlusten zu rechnen haben, da der von Amerika und Holland ausgehende Druck bald erheblich zunehmen wird. Die Neutralen müssen ihre ungeheuren Vorräte unter Rieseneinbußen los werden, wenn sie katastrophale Entschädigungen vermeiden wollen. In maßgebenden Stellen glaubt man zuversichtlich, daß der Marktwert in aller Kürze um das Vierfache steigen wird.

Die Entente erlaubt die Wiedereinführung der Habsburger in Ungarn.

Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Basel: Die Entente besteht nicht auf ihrem früheren Verbot, daß ein Habsburger zum König von Ungarn gewählt werden dürfe.

Anklage gegen den Prinzen Albrecht-Joachim.

Berlin, 12. März. Nach den Morgenblättern sind die Ermittlungen über die Beteiligung des Prinzen Albrecht Joachim an den Vorgängen im Hotel Adlon im wesentlichen abgeschlossen. Die Anklage werde in den nächsten Tagen erhoben werden.

Der 8-Stunden-Tag durchbrochen.

Berlin, 12. März. Wie die „Post“ berichtet, ist eine Erörterung in Vorbereitung, wonach in den Tarifverträgen über eine höhere Arbeitszeit ohne vorherige beidseitige Genehmigung vereinbart werden kann. Früher ist es ohne weiteres gestattet worden, daß schließlich die tarifliche Arbeitszeit, welche durch vorhergehende Erörterungen mit Zustimmung und Abklärung herbeigeführt wird, bis zur Grenze der 48-Stundenwoche wieder aufgewichen werden kann. Einmal sollen vorbereitende Schritte für die Betriebskonditionen unterhalb der acht Stunden täglicher Arbeitsdauer gestattet sein.

Die Leipziger Messe.

Leipzig, 12. März. Die Beteiligung des Auslandes an der Leipziger Messe ist im Verhältnis noch stärker als an der Währungs- und des Deutschen Reiches. Auf gestern mit Sonntagsabende 400 Besucher eingetroffen, aus der Tschechoslowakei gegen 600, Ungarn wird über 200 schicken. Die Sonntagsreise aus der Schweiz und aus Holland bringen je 8-400 Ausländer. Von nationalen Besuchern liegen zahlreiche Anmeldungen vor. Erwarten hat 350 Besucher entsandt, obwohl die übrigen nördlichen Staaten. Auch aus den östlichen Randstaaten, sogar aus dem Orient ist zahlreicher Besuch zu erwarten. Von besonderer Wichtigkeit ist auch das lebhafteste Interesse und Interesse an der ersten Leipziger Messe. Außerdem werden Frankreich, England und Belgien mit Einkäufern vertreten sein.

Die Mausoleumsräuber gefaßt?

Durch die Schörsche Kriminalpolizei wurde eine schändliche Mäusgrabung festgestellt, die unter dem dringenden Verdacht steht, an dem Raube im Charlottenburger Mausoleum beteiligt gewesen zu sein.

Oberschlesien.

Die Lage in Oberschlesien.

Im Oberschlesischen Industriebezirk herrscht vollkommene Ruhe. In Deutschen fanden Sonntag Nachmittag kleinere Zusammenrottungen auf den Straßen statt, die nur dem Meinungs-austausch dienten und keinerlei Störungen zur Folge hatten. Versammlungen in Kofalen fanden nicht statt. Der Eindruck völliger Ruhe blieb gewahrt.

Aus Katowitz wird gemeldet: Im Auftrage des Polizeipräsidenten hat der Kommandeur der Sicherheitspolizei folgenden Befehl erlassen. Um allen mißverständlichen Auffassungen über die Vorgänge in Berlin und ihre etwaige Rückwirkung auf die Sicherheitspolizei im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet vorzubeugen, will ich darauf hinweisen, daß die Sicherheitspolizei im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet durch diese Vorgänge in keiner Weise berührt wird. Sie ist für die Zeit der Besetzung durch die Entente lediglich als Organ der internationalen Kommission eingesetzt, um für Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit zu sorgen. Ich ersuche daher alle Beamten, noch wie vor treu ihren Dienst zu versehen und sich jeder Rundgebung anlässlich der Berliner Vorgänge zu enthalten.

Doppel, 13. März. Wie die „Oppelner Nachrichten“ von zukünftiger Seite erfahren, ist nun endgültig der deutsche Bevollmächtigte für das ober-schlesische Abstimmungsgebiet ernannt worden. Über seine Person kann erst nach der Befähigung etwas bekannt werden.

Als Vertreter des Auswärtigen Amtes beim deutschen Bevollmächtigten für das ober-schlesische Abstimmungsgebiet ist Bogdanow v. Wolke ernannt worden. v. Wolke ist der Sohn des früheren Regierungspräsidenten von Oppeln. Er weilt bereits seit einigen Tagen in Oppeln.

Verstärkte Besatzung.

Am Mittwoch trafen in Oppeln zur Verstärkung der Besatzung von Obergberg kommend 3 Kompanien Italiener ein.

Auch die Besatzung in Cosel ist bedeutend verstärkt worden. Am Mittwoch trafen in Cosel 15 italienische Offiziere und 700 Mann ein.

Einige Mitglieder der deutschen Abstimmungskommission sind bereits in Oppeln eingetroffen.

Die Ankunft weiterer Mitglieder ist für Ende dieser Woche angemeldet.

Das polnische Plebiszit-Kommissariat für Oberschlesien.

Herr Adalbert Korantny beruft auf die ober-schlesische Plebiszit-Kommission Schreiben: Dentsch, 6. März 1920.

Gw. Hochwürden!

Nach den Friedensbedingungen sollen alle, die in Oberschlesien geboren sind, abstim-mungsberechtigt sein, auch wenn sie schon seit langer Zeit außerhalb Oberschlesiens wohnen. Wir wissen, daß schon viele dieser Leute ihre Geburtsurkunden von Vorrat- und Standes-ämtern eingefordert haben. Wir bitten Gw. Hochwürden höflich, aus Rücksicht die Kopien derartiger Urkunden oder doch wenigstens die Abschriften der Antragsteller zu senden mit einem kurzen Vermerk, ob sie selbst die Anträge stellen oder es in ihrem Namen eine Organisation macht und wie diese Organisation heißt.

Ergebenst

Wojciech Korantny,
Kommissar.

Die „Schles. Volksztg.“ schreibt hierzu sehr treffend: Wir möchten dazu auch die hollische Anfrage erlauben, welchen Zweck diese Anforderung dienen soll. Will Herr Korantny sich persönlich an die einzelnen Hauptstellen wenden, oder ist das alles nur eine Umkleidung nach der letzten Frage bezüglich einer Organi-sation? Oder was will er sonst erreichen, daß er sich selbst Schreiber macht, Papier und Briefe nicht spart? Wir Deutschen spielen gern mit offenen Karten und haben auch nichts zu verheimlichen. Wenn aber Herr Korantny glaubt, den geschickten Herren eine Falle zu stellen, so wird er sich enttäuscht sehen. In Oberschlesien frant man keine Doppelhändler!

Kofales u. Provinziales.

Cobran D.S., den 16. März 1920.

An unsere Leser!

Wehr noch als die meisten anderen Gewerbe leben die Zeitungen, die es nicht in der Hand haben, ohne weiteres den entsprechenden Auf-schlag dem Leser aufzulegen, unter den fort-gesetzten, sprunghaften Steigerungen der Ver-kaufspreise. Seit 1914 sind

die Papierpreise auf das 15fache,

die Holzpreise auf das 18fache,

die Löhne und Gehälter auf das 6fache

gestiegen. Auf vielen anderen Gebieten sind Preissteigerungen eingetreten, die eine schwin-delnde Höhe erreicht haben. Sämtliche Zeitun-gen sind genötigt, vom 1. April ab ihren Be-zugspreis einigermaßen, wenn auch immer noch nicht vollständig, dem Preissteigerungsdruck an-zupassen.

Das „Cobraner Stadtblatt“ kostet demnach vom 1. April ab (einschließlich der 14-tägigen Unterhaltungsbeilage) vierteljährlich am Orte frei ins Haus 3,00 M., einwärts bei der Post abgeholt 3,00 M., durch den Postboten ins Haus zugestellt 3,30 M.

Wir hoffen, daß unsere Leser dieses Ver-fahrens für die Zwangslage der Dinge haben werden und daß sie die eintretende Verteuerung ebenso wie bei allen übrigen Gegenständen des täglichen Bedarfs als eine bedauerliche, aber un-ermeidliche Notwendigkeit anerkennen werden.

Der Verlag.

(Zum Stadtparlament.) Die Stadt-verordneten sind für Donnerstag den 18. d. M., abends 7 Uhr zu einer öffentlichen Sitzung ein-berufen. Eine umfangreiche Tagesordnung, welche im Angeheht vorliegender Nr. ver-öffentlicht ist, liegt zur Erledigung vor.

(Genossenschaftliches.) Die Hand-werker- und Gewerbetreibenden, z. B. m. H. G., hielt die ordentliche General-Versammlung am Sonntag den 14. d. M. im Wagnerschen Lokale ab. Da die Genossenschaft im Jahre 1909 gegründet wurde, konnte sie gleichzeitig ihr 10-jähriges Bestehen begehen. Der Vor-sitzende des Aufsichtsrats, Herr Gasthausbesitzer Ringer, eröffnete und leitete die Versammlung. Nach der Jahresrechnung betrug die Mit-gliederzahl am Ende des Vorjahres 108 mit 117 Geschäftsanteilen und 35100 M. Gast-summe. Die Bilanz, welche genehmigt wurde, schloß mit 154.518,48 M. ab. Der Reingewinn betrug 831,78 M.; derselbe wurde nach Abzug von 340,65 M. Dividenden dem Reservefonds überwiesen. Besterer hat nunmehr die Höhe von 4981,21 M. erreicht. Die beiden ausstehen-den Aufsichtsratsmitglieder, Gasthausbesitzer Troll und Sattlermeister Wrobel, wurden wiedergewählt.

(Der 4. Volksabend.) Unserer Volks-hochschule lieferte den besten Beweis, wie an-genehm und lehrreich das sonst so viel ge-

Rybnitz, 13. März. (Betriebsbeschluss.) Die Schmelzwerke Dampf-Mühlmühle wird eingeleitet. Mit der Abmontierung der großen Maschinen ist bereits begonnen. Die Mühle war früher eine der bedeutendsten in Oberschlesien. In Verbindung mit einer Dampfbäckerei hat sie mit eigenen Fuhrwerken einen großen Teil Oberschlesiens auch mit festigem Brot beliefert.

Steinwig, 12. März. Wegen Beteiligung an den Karufen in Baborge im April d. J. wurde der Grundbesitzer Paul Stronowski aus Rada zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust und der Grundbesitzer Friedrich Kollert aus Baborge zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. **Steinwig O. S., 12. März.** Aus dem im Altershause der Richter Oberster Ellenbach untergebrachten Materialenlager des Bauhofes wurden von Einbrechern 20 Tonnen Feil im Werte von 27000 Mark entnommen.

Bekanntmachung.
Wir machen die Geschäftskunde darauf aufmerksam, daß für die letzten 2 Sonntage vor Ostern, am 21. und 28. d. M., eine erweiterte Geschäftstätigkeit zugelassen wird und zwar: von 7—1/10 Uhr vorm. und von 1/12 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachmittags.
Während dieser Zeit dürfen Schließen und Befehle befolgt werden.
Sohrau O. S., den 16. März 1920.
Der Magistrat. R. Sch.

Bekanntmachung.
Bei dem Kaufmann R. Sch. ist Obst, sowie der Vorrat reich, marktfertig zu haben. Es wird anlässlich Ostern, hierzu Gebrauch zu machen. Preis je Pfund 12 Pf.
Sohrau O. S., den 15. März 1920.
Der Magistrat. R. Sch.

Bekanntmachung.
Für die laufende Woche wird gegen Abschnitt 4 der Feiertage in den bekannten Verkaufsstellen verabschiedet: 100 Gramm Margarine.
Sohrau O. S., den 15. März 1920.
Der Lebensmittel-Ausschuss.

Verordnung.
Auf Grund des Ges. betr. Höchstpreis vom 4. August 1914 (Reichsges. d. S. 827) und der Verordnung über Preisstreberei vom 8. Mai 1918 (Reichsges. d. S. 386) wird hiermit für den Kreis Rybnik (ausgeschlossen der Stadt Rybnik, wo der Magistrat eine entsprechende Anordnung erlassen) folgendes angeordnet:
§ 1. Der Höchstpreis für 1 Zentner Epfel, Karotten beim Weiterverkauf durch Kommanten (Magistrate, Gemeinderäte und Gutsherrn) und durch die von diesen mit dem Weiterverkauf beauftragten Händler beträgt:
a) Epfel 20 Mark
b) Karotten 21 Mk. und
c) beim Verkauf im Kleinhandel 22 Mk. je Zentner.
§ 2. Der Verkauf von Karotten darf nur nach Gewicht erfolgen.
§ 3. Diese Anordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung im Rybniker Kreisblatt in Kraft.
§ 4. Gegenstand der früheren Anordnungen des Kreisamtes über Karottenverkauf ist durch diese Anordnung außer Kraft.
§ 5. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden mit Geldstrafe und mit einer Geldstrafe bis zu zweihunderttausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.
Rybnik, den 10. März 1920.
Der Kreisamtsausschuss.

Bestehende Anordnung bringen wir hiermit zur allgemeinen Kenntnis.
Sohrau O. S., den 15. März 1920.
Die Polizei-Verwaltung. R. Sch.
Auf Anordnung des Direktors des Lebensmittel-Amtes von der internationalen Kommission in Oppeln ist die Ausfuhr von Getreide aus dem oberösterreichischen Abgabengebiet untersagt.
Die Überbreitung der Anordnung wird streng bestraft.
Rybnik, den 8. März 1920.
Der Kontrollleur des Kreises Rybnik.
Oberst W. R. Sch.

Bestehende Anordnung bringen wir hiermit zur allgemeinen Kenntnis und Beachtung.
Sohrau O. S., den 15. März 1920.
Die Polizei-Verwaltung. R. Sch.

Wiedere Fahren
trockene Sägespäähne
hat abgegeben
Zweigs Hôtel.
Suche für meine Gaststube einen tüchtigen, kantonsfähigen
Vertreter.
H. Linzer.

Sohn achtbarer Eltern mit guter Handschrift
als Bürolehrling
per bald gesucht.
Oberschl. Apparate- und Eisenwerke
Sohrau O. S.

Ein Wachhund
Recht zum Verkauf. Bei wem? sagt die Geschäftsstelle d. Stg.

Bekanntmachung
zur Ausführung des Gesetzes über Steuer-nachschuß vom 8. Januar 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 45) vom 24. Februar 1920.
Wer Vermögen oder Einkommen, das zu einer öffentlichen Abgabe hätte veranlagt werden müssen, bisher nicht angegeben hat, und deswegen verwirklicht Strafen wegen Steuerhinterziehung sowie Verfall des verbleibenden Vermögens gemäß dem Gesetz über Steuer-nachschuß abgeben will, wird aufgefordert, das bisher nicht angegebene Vermögen und Einkommen spätestens bis zum 15. April 1920 einem Finanzamt anzugeben; dabei sind Vor- und Nachname, Stand, Beruf oder Gewerbe, Wohnort und Wohnung oder Firma und sich genau zu bezeichnen. Die Abgabe bezieht den Steuerpflichtigen von jeder Strafe wegen Steuerhinterziehung, die sich auf das nachträglich angegebene Vermögen oder Einkommen beziehen. Nachforderungen von Abgaben für die Zeit vor dem 1. April 1915 sind ausgeschlossen.
Vermögen, das bei der Veranlagung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs oder zum Reichsnotopfer vorläufig verbleiben ist, verläßt Kraft Gesetzes dem Reich. Vorläufige Abgaben, die sich etwa noch in der Steuererklärung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs finden, müssen daher unberücksichtigt und jedenfalls so zeitig berichtet werden, daß die Abgabe noch bei der Veranlagung zu der Steuer berücksichtigt werden kann.
Die Abgaben werden zweckmäßig bei dem Finanzamt gemacht, das für die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs zuständig ist, und können mit der Steuererklärung für die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs verbunden oder als Nachtrag hierzu innerhalb der Frist — bis zum 15. April 1920 — eingereicht werden.
Ratibor, den 11. März 1920.
Das Finanzamt.

Bekanntmachung.
Die Auszahlung des Jagdpachtgeldes für das Jahr 1920 erfolgt in der Zeit vom 16. bis einschl. 25. März d. J. in der hiesigen Räumereikasse und zwar gegen Vorlegung des Steuerzettels.
Sohrau O. S., den 15. März 1920.
Der Jagdvorsteher. R. Sch.

Freie Tischler-Innung Sohrau.
Freitag, den 19. März er., vorm. 1/8 Uhr:
St. Messe.
Nachmittags 4 Uhr:
Versammlung
in der Wohnung des Untergeldnoten, zu welcher die Mitglieder und Nichtmitglieder eingeladen sind. Wichtiges Besprechungen.
Josef Krakowczyk, Obermeister.

Am 17. Februar d. J. haben
Gespanne von Nieder-Borin,
als sie über Sohrau nach den Blücherhöfen fuhren, Paß verkauft. Die Käufer werden gebeten, um nicht in den Verdacht der Hehlerei zu kommen, ihre Adresse anzugeben. Unannehmlichkeiten erwachsen ihnen daraus nicht. Belohnung in Form von Lebensmitteln zugesichert.
Rolda, Krenzdorf.

Kräftiger junger Mann sucht sofort Stellung
als Rutscher.
G. St. Angebote an
Johann Winny,
bei R. Walchowsky, Sohrau.
Entlaufen ein Gänserich.
Gegen Belohnung abzugeben bei
Johann Borzutzki, Niederborstf.

Donnerstag den 18. März,
abends 7 Uhr
findet im Stadtverordneten-Sitzungs-Saale eine öffentliche Sitzung der
Stadtverordneten-Versammlung
statt, zu welcher die Mitglieder unter Hinweis auf § 2 der Geschäftsordnung hiermit eingeladen werden.

- Tagesordnung:**
1. Erhöhung des Holzgeldes für Spektur Zwölfe.
 2. Erhöhung des Holzgeldes.
 3. Inanspruchnahme der Wege.
 4. Stellungnahme in Sachen: Verteilung der Reichsmark.
 5. Aufstellung eines Nachschußweisers.
 6. Beschl. des Nachschußweisers.
 7. Prüfung der Jahresrechnung pro 1918.
 8. Schiedsmannswahlen.
 9. Erhöhung des Holzgeldes.
 10. Räumereikasse der Räumerei- und Sportkassen für Monat Februar.
 11. Beschl. für das Jahr 1919.
 12. Prüfung der Gehälter der städtischen Angestellten und Regelung der Entlohnung der städtischen Beamten.
 13. Räumereikasse von dem Schiedsmann des Magistrats betr. Verkauf der Pargelle am Thronischen Grundstück.
 14. Bewilligung eines Zuschusses für die evang. Kleinkinderkatech.
 15. Verpackung der Johr- und Wochenmärkte.
 16. Erhöhung des Gehalts für den Jäger Bettsch.
 17. Verpackung der Gräben der Gräben am Döhrner Wege.
 18. Verpackung des Ausflusses auf dem Bieremärkte.
 19. Erhöhung des Fortbildungsbetrags.
 20. Verteilung der katastralischen Matrikulle.
 21. Beschwerde des Rentiers Schimonsky wegen Wohnungsmangel.
 22. Beschl. des Bezirksförstereiführers H. R. Sch.
- Sohrau O. S., den 14. März 1920.
Kass., Stadtverordnetenvorsteher.

Rechte Kieler Backlinge,
Feinste Vierfrucht-Marmelade,
getrocknete Sellerie-
und Persillienblätter,
ff. Bienenhonig, Senfsurken.
Ferner eintreffend:
Rollmops, Hering in Gelee,
Bismarckheringe, Bratheringe,
Pfeffergurken.
Feinkosthaus R. Schmidetzki.

Compl. neues Pferdeggeschirr
(Stielgeschirr) zu verkaufen. Wo? sagt die Geschäftsstelle d. Stg.

Hochtragende Milchziege
zu verkaufen. Bei wem? sagt die Geschäftsstelle d. Stg.

Ein Lehrling,
Sohn achtbarer Eltern, welcher Lust hat, das Uhrmacher- und Feinmechaniker-Gewerbe zu erlernen, kann zum 1. April eintreten.
Paul Hallatsch, Sohrau O. S., Ring,
Uhrmacher und Feinmechaniker.

Ein Knabe,
welcher Lust hat, das Barbier- und Friseurhandwerk gründlich zu erlernen, kann eintreten.
Josef Kotzurek.

Zum letzten Male!
Die wiedertehrend!
Kaufe alte und zerbrochene
Zahngewerbe
und einzelne Zähne zu den höchsten Preisen
am Freitag den 19. März, von vorm.
10 Uhr bis nachm. 5 Uhr
in „Zweig's Hotel“ Zimmer Nr. 6.